

Einkommensteilung zwischen Ehegatten / Auswirkungen auf den Direktzahlungsanspruch

Bäuerinnen erwarten heute berechtigterweise, dass ihre Mitarbeit auf dem Betrieb auch sozialversicherungsrechtlich anerkannt wird. Wird eine Lohndeklaration oder eine Anmeldung als Selbständigerwerbende erwogen, so sind, nebst den Auswirkungen auf Sozialversicherungsbeiträge und -leistungen, auch die Auswirkungen auf den Direktzahlungsanspruch genaustens zu prüfen.

In der Landwirtschaft sind Familie und Erwerbstätigkeit unter einem Dach vereint. Auf den meisten Betrieben arbeitet die Bäuerin in erheblichem Umfang auf dem Betrieb mit, ohne dass sie ein eigenes Einkommen ausweist. Sozialversicherungsrechtlich gilt die Bäuerin in dieser Situation als Nichterwerbstätige. Diese so genannte traditionelle Rollenverteilung wird je länger desto mehr hinterfragt. Die im Betrieb des Ehegatten mitarbeitende Ehefrau erwartet mit Recht, dass ihre Arbeit entsprechend der ihr obliegenden Verantwortung auch sozialversicherungsrechtlich anerkannt wird.

Eine den konkreten Verhältnissen entsprechende Aufteilung des gemeinsam erwirtschafteten Einkommens, kann auf zwei Arten realisiert werden.

- Arbeitet die Bäuerin auf dem Betrieb mit, ohne aber wesentlichen Einfluss auf die Betriebsführung zu nehmen, so kann für sie ein Lohn deklariert werden. Sobald die mitarbeitende Ehefrau einen Lohn erhält, wird sie, wie alle anderen mitarbeitenden Familienmitglieder, bei der AHV/IV/EO beitragspflichtig. Ihr Lohn ist mit dem Meldeformular bei der AHV-Ausgleichskasse zu deklarieren und auch in der Buchhaltung entsprechend zu verbuchen.
- Wird der Betrieb durch das Ehepaar partnerschaftlich und gleichberechtigt geführt, oder führt die Ehefrau einen Betriebszweig eigenverantwortlich, so kann sie sich, wie ihr Ehemann, bei der AHV als Selbständige registrieren lassen. Beim Ausfüllen der Steuererklärung deklariert die Ehefrau, analog der Einkommensaufteilung in der Buchhaltung, ihr Einkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit. So können die Steuerbehörden die Einkommensmeldung dann an die AHV-Ausgleichskasse weitermelden.

Die Aufteilung von Erwerbseinkommen kann erhebliche (positive, in bestimmten Situationen aber auch negative) Auswirkungen auf die Leistungen und die Beiträge der staatlichen Sozialversicherungen haben. Wird die Lohndeklaration oder eine Anmeldung als Selbständigerwerbende erwogen, ist es deshalb unerlässlich, vorgängig mit der Treuhandstelle und der landwirtschaftlichen Versicherungsberatung die Sache zu besprechen.

Direktzahlungsanspruch bei Einkommensteilung

Bewirtschafter und Bewirtschafterinnen, welche ihren Betrieb neu für den Bezug von Direktzahlungen anmelden, haben nur Anspruch auf diese, wenn sie den Ausbildungsnachweis erbringen. Das Bundesamt für Landwirtschaft hält in seinen Weisungen explizit fest, dass der Ausbildungsnachweis bei Ehe- und Konkubinatspartnern, die eine oder mehrere Produktionsstätten als Mitbewirtschafter und Mitbewirtschafterin führen, von beiden Partnern erbracht werden muss.

Erhält die Bäuerin für ihre Mitarbeit einen Lohn auf dem AHV abgerechnet wird, hat dies keinerlei Auswirkungen auf den Direktzahlungsanspruch.

Wenn sich jedoch die Bäuerin bei der AHV-Ausgleichskasse als Selbständigerwerbende registrieren lässt, muss sie auch gegenüber dem Landwirtschaftsamt als Mitbewirtschafterin auftreten. Dies bedeutet, dass sie den Ausbildungsnachweis im gleichen Rahmen erbringen muss, wie ihr Ehemann. Ansonsten werden für den gesamten Betrieb keine Direktzahlungen ausgerichtet.

Ausbildungsnachweis

Die Anforderungen erfüllen landwirtschaftliche Berufe mit eidgenössischem Abschluss wie z.B. Landwirt/Landwirtin, Bäuerin mit Fachausweis, diplomierte Bäuerin usw.

Bei allen anderen (nichtlandwirtschaftlichen) Berufsbildungen mit eidgenössischem Abschluss, ist für den Bezug der Direktzahlungen entweder die verlangte Weiterbildung zu absolvieren oder der Nachweis von drei Jahren landwirtschaftlicher Praxis zu erbringen. Ehegatten, die mindestens während drei Jahren vollzeitlich auf dem Betrieb tätig waren, erbringen den Praxisnachweis auch ohne ein eigenes AHV-Einkommen auszuweisen.

Betriebe im Berggebiet mit weniger als 0.5 Standardarbeitskräften (SAK) sind generell von den Ausbildungsanforderungen ausgenommen.

Schlussfolgerung

Der Entscheid für oder wider eine Lohndeklaration oder eine Anmeldung als Selbständigerwerbende, bedarf in jedem Fall einer fundierten Abklärung. Neu müssen beim Abwägen der Vor- und Nachteile unbedingt auch die Auswirkungen auf den Direktzahlungsanspruch berücksichtigt werden. Bäuerinnen, die den geforderten Ausbildungsnachweis weder über eine landwirtschaftliche noch über eine nichtlandwirtschaftliche Ausbildung (kombiniert mit Weiterbildung oder Praxis) erbringen können, sollten dringend von einer Anmeldung als Selbständigerwerbende absehen, da sonst für den gesamten Betrieb keine Direktzahlungen mehr ausgerichtet werden. Eine Lohndeklaration hingegen, hat keinen Einfluss auf den Direktzahlungsanspruch.

Weitere Informationen:

Bundesamt für Landwirtschaft, www.blw.admin.ch

- Direktzahlungsverordnung mit Erläuterungen und Weisungen des BLW

SBV Treuhand und Schätzungen, www.sbv-treuhand.ch

- Merkblatt "Aufteilung des Erwerbseinkommens unter Ehegatten"

- Formular "Fragebogen zum AHV-Beitragsstatut der Ehegattin auf einem Landwirtschaftsbetrieb"

agridea Lindau

- Ordner "Bewusst Bäuerin sein"

Die Grünen und agridea Lindau, Merkblattserie "Bewusst Bäuerin sein"

- Bäuerin: Angestellt oder selbständig auf dem Betrieb

- Als Bäuerin selbständig erwerbend auf dem Betrieb

Beratung

Bei Versicherungsproblemen aller Art wenden Sie sich an die neutrale landwirtschaftliche Versicherungsberatungsstelle, die entweder dem kantonalen Bauernsekretariat oder der regionalen Agrisano-Geschäftsstelle angeschlossen ist oder an den Beratungsdienst von SBV Versicherungen in Brugg, Tel. 056 462 51 55.

Es lohnt sich!